

FINANZEN & RECHT



ROBERT BEER
INVESTMENT

www.robertbeer.com 09602/9398612

präsentiert:

DOX – der Ostbayern Index

Firma	aktueller Kurswert in €	Veränderung zum Vormonat
▼ BMW AG	64,92	-11,57%
▼ Continental AG	102,74	-11,03%
▲ Krones AG	68,6	1,03%
▼ Siemens AG	113,24	-3,90%
▲ Osram AG	45,52	3,88%
▲ Mühlbauer AG	37,4	0,27%
▼ Grammer AG	30,85	-6,23%
▼ Infineon Technologies AG	20,03	-1,33%
▲ Nabaltec AG	37,5	13,64%
▼ Schneider AG	91,76	-0,71%
▼ Thermo Fisher	292,85	-1,11%
▼ Andritz AG	35,9	-8,14%
▲ E.ON AG	10,24	7,68%
▲ Gerresheimer AG	71,75	4,21%
▼ Einhell Germany AG	58,2	-5,52%
▼ BHS Tabletop AG	14,6	-7,59%
▼ Deutsche Telekom AG	14,65	-0,54%
▼ Bertrand AG	52,1	-5,27%
▼ Lear Corporation	114	-10,24%
▲ Johnson Controls	37,17	0,90%
▼ Polytec Holding AG	8,23	-4,08%
▼ AKKA	63	-1,87%
▼ Daimler AG	42,33	-14,24%
▼ Hella	42,62	-14,93%
▼ Toshiba	2,88	-6,49%
▼ Südzucker AG	14,96	-7,83%
▲ Bechtle AG	131,8	5,10%
▲ S&T	24,66	14,27%
▲ Amazon	1844	14,36%

Stand: 31.1.2020

DAX	= 13127	(-1,36%)
DAX (normiert*)	= 2107	(-1,36%)
DOX	= 2196	(-1,71%)

*Zur besseren Vergleichbarkeit wurde der DAX-Wert am 1.10.2010 zum Start der DOX-Erhebung auf den DOX-Startwert 1000 heruntergerechnet.



ZAHL DES MONATS

1104

PROZENT

Von 2016 bis 2018 ist die Zahl der Einbürgerungsanträge britischer Bürger nach Deutschland um 1104 Prozent angestiegen. Bereits 2016 beantragten 2800 Briten die deutsche Staatsangehörigkeit.

TOP ODER FLOP



Rekord bei den Erwerbstätigen

Noch nie arbeiteten in Bayern mehr Menschen als 2019. Mit 7,72 Millionen Erwerbstätigen verzeichnet die Beschäftigungsstatistik einen neuen Rekord. Die Anzahl der Beschäftigten wird in Deutschland nur durch Nordrhein-Westfalen getoppt.



Bayern verzeichnet ein Exportdefizit

Bayerns Wirtschaft hat 2019 das erste Außenhandelsdefizit seit Jahrzehnten verbucht. Laut dem Statistischen Landesamt schrumpften die Ausfuhren um 0,3 Prozent auf 189,9 Milliarden Euro, die Einfuhren erreichten zum ersten Mal die Marke von 190 Milliarden Euro.

Wie stehen die Aktien 2020?

2019 war ein erfreuliches Anlegerjahr. Experten gehen davon aus, dass es auch in diesem Jahr an der Börse gut laufen wird.

Von Stefan Ahrens

MÜNCHEN/REGENSBURG/PARKSTEIN. Wer langfristig auf Aktien setzt, darf wohl auch 2020 mit einer Rendite rechnen. Hierin sind sich viele Experten einig. Als wichtigster Grund für diese positive Annahme gilt, dass die wirtschaftlichen Stimmungskennzeichen mehrheitlich ein positives Bild abgeben.

„Wir erwarten für das Jahr 2020 eine weitere Stabilisierung“, sagte Christian Nemeth, Chief Investment Officer der Zürcher Kantonalbank Österreich AG, im Januar beim jährlichen Jahresausblick in München. „In den meisten Ländern, ausgenommen in Staaten mit hausgemachten politischen Problemen wie Venezuela oder Argentinien, wächst die Wirtschaft weiter. Eine unmittelbar bevorstehende globale Rezession sehen wir nicht. Unter besonders günstigen Umständen könnte sich das Wachstum sogar leicht beschleunigen“, so die Einschätzung Nemeths. Außerdem seien die Konsumenten weiterhin zuversichtlich und bei den Anlegern habe der vor allem über den Sommer vergangenen Jahres stark vorherrschende Pessimismus nachgelassen, so Nemeth.

Zum Aktienkauf verdammt?

„Aufgrund der extrem expansiven Geldpolitik der großen Notenbanken ist ausreichend Liquidität vorhanden“, sagt Robert Beer, Vermögensverwalter und Geschäftsführer der Robert Beer Investment GmbH in Parkstein. „Die Zinsen nahe Null oder im negativen Bereich setzen viele Investoren unter Anlagedruck. Hier wird es eine ständige Nachfrage nach Aktien geben“, ist sich Beer sicher. Eine negative Folge der niedrigen Zinsen sei es jedoch, dass diese es



2020 dürfte international ein gutes Börsenjahr werden.

Foto: Andreas Markus - stock.adobe.com

auch schwachen und unproduktiven Unternehmen erlauben würden, länger am Leben zu bleiben – „steigende Zinsen würden viele Investoren bei ihren Anlagen gerade im High-Yield-Bereich unter Druck setzen“, so Beer. Auch eine massive länger anhaltende Konjunkturabschwächung in China würde, falls diese einträte, die Weltwirtschaft und somit auch die Märkte unter Druck setzen. Dennoch erwartet der Parksteiner Vermögensverwalter im laufenden Jahr keine konjunkturellen Eintrübungen: „Die Konjunktur sollte unter Führung der Wirtschaftslokomotive USA global anziehen. Daher dürften die großen Unternehmen weltweit weiterhin sehr gut verdienen“, erklärt Beer weiter.

Das gegenwärtig die Medien beherrschende Coronavirus stellt laut Thomas Heigl, Senior Private Banker bei der Privat Bank Regensburg, keinen Stresstest für die globalen Finanzmärkte dar: „Man hat ja in den letzten Wochen bereits gesehen, dass

nur der chinesische Aktienmarkt auf das Coronavirus reagiert hat. Von einem ‚Schwarzen Schwan‘, also einem unerwarteten Ereignis von enormer Tragweite, das dazu in der Lage ist, die Finanzmärkte zu extrem massiven Korrekturen zu bewegen, kann meines Erachtens derzeit beim Thema Coronavirus nicht ausgegangen werden.“

Und er ergänzt: „Natürlich können Ereignisse wie die Finanzkrise 2007/2008 oder auch die Atomkatastrophe von Fukushima nicht vorhergesagt werden. Daher muss man am Aktienmarkt auch immer wieder mit Korrekturen rechnen und über einen langfristigen Anlagehorizont verfügen.“

US-Wahljahr festigt Weltlage

Für viele Experten steht außerdem fest, dass es aufgrund des US-Wahljahres zu keiner Eskalation innerhalb der großen geopolitischen Gefahrenherde kommen werde. So sagt Christian Nemeth: „Im Handelskon-

flikt zwischen China und den USA ist es durch die Unterschrift des Phase-1-Abkommens zu einem Waffenstillstand gekommen. Diesen Erfolg will US-Präsident Donald Trump nun erst einmal medial ausschlichten und für den bevorstehenden Wahlkampf nutzen.“ Außerdem ist sich Nemeth sicher: „Die Präsidentschaftswahl im November 2020 nimmt darüber hinaus Einfluss auf den Konflikt zwischen den USA und dem Iran. Donald Trump will mit Sicherheit im Wahljahr eine militärische Auseinandersetzung vermeiden und der Iran steht wirtschaftlich stark unter Druck.“

Auch ein Wechsel des US-Staatsoberhauptes als Veränderung mit globaler Bedeutung sei unwahrscheinlich: „Man kann Donald Trump viel vorwerfen, doch sein ökonomischer Track Record überzeugt. Gleichzeitig mangelt es an Herausforderern vonseiten der Demokraten, die ihm ernsthaft gefährlich werden könnten“, so Nemeth.

Eine fatale Entscheidung für den Kleinsparer

Die Finanztransaktionssteuer bestraft entgegen den ursprünglichen Planungen vor allem Kleinanleger, die langfristig als zusätzliche Altersvorsorge in große börsennotierte Unternehmen in Form von Aktien oder Fonds investieren.

Gastbeitrag von Florian Lingl,
R & M Vermögensverwaltung GmbH

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) wurde bereits 2011 durch die EU-Kommission in Form eines ersten Entwurfs in die Wege geleitet. Dieser sah vor, dass die EU jährlich etwa 50 Milliarden Euro zusätzlich an Steuereinnahmen generieren würde und somit einen Teil der aus der Finanzkrise entstandenen Kosten decken sollte. Besteuert werden sollte dabei ausschließlich der schnelle Handel mit Wertpapieren wie beispielsweise der hochspekulative Hochfrequenzhandel sowie der Derivate-Handel.

Aufgrund extremer Widerstände einiger EU-Mitgliedsstaaten wie Großbritannien und Schweden war die angestrebte gesamteuropäische Umsetzung allerdings nicht realisierbar. Um doch noch die längst geplante FTS umzusetzen, haben sich zehn EU-Länder – inklusive Deutschland –

dazu entschlossen, dieses Thema wieder auf die Agenda zu nehmen und deshalb am 9. Dezember 2019 einen neuen Gesetzesentwurf vorgelegt. Der Entwurf sieht im Gegensatz zur Ursprungsidee allerdings nicht mehr nur die Besteuerung des hochspekulativen Wertpapierhandels, sondern auch die Besteuerung von Käufen und Verkäufen von Aktien vor. Betroffen sind dabei Aktien großer Unternehmen, die einen Börsenwert von über einer Milliarde Euro aufweisen. Jede Transaktion, jeweils Kauf und Verkauf, soll mit einer Steuer in Höhe von 0,2 Prozent belegt werden. Die Einführung ist für das Jahr 2021 geplant. Diese Ausgestaltung der FTS bestraft somit vor allem Kleinanleger, die langfristig als zusätzliche Altersvorsorge in große börsennotierte Unternehmen in Form von Aktien oder Fonds investieren. Die mit 16 Prozent ohnehin geringe Aktionärsquote in Deutschland würde durch diese Zusatzbesteuerung vermutlich nochmals schrumpfen,



Florian Lingl

Foto: Lingl

da exakt diese Minderheit unter einer finanziellen Mehrbelastung leiden würde. Das Paradoxe ist zudem, dass mit dem Aufkommen der FTS die Grundrente finanziert werden soll. Eine Grundrente, die unter an-

derem durch falsches Sparverhalten der Deutschen überhaupt notwendig ist. Wieso geht man nicht einen längst überfälligen Weg, begünstigt Fondssparen und erleichtert den Vermögensaufbau in einer Welt ohne Zinsen? Die langfristigen Renditen am Kapitalmarkt würden vielen Deutschen eine hervorragende Zusatzrente ermöglichen und den Staat entlasten. Das geschätzte Aufkommen der FTS in der jetzigen Ausgestaltung liegt übrigens nur noch bei jährlich 1,5 Milliarden Euro.

Fazit: Der jetzt aktuelle Gesetzesentwurf würde den Kleinanleger schädigen. Sowohl die ursprüngliche Wirkung als auch das jährlich geschätzte Aufkommen würden mit der jetzigen Ausgestaltung völlig verfehlt werden. Es gilt dringend, Nachbesserungen zu finden. Am besten wäre allerdings, diese Idee vollständig zu verwerfen und im Gegensatz dazu fleißige Fondssparer mit langfristigen Vermögensaufbauabsichten zu begünstigen.